

E-Mails bringen Licht in Pilatus-Affäre

Aufgedeckt Neue Dokumente zeigen, dass sich der Flugzeughersteller im Fall Saudi-Arabien verkalkuliert haben dürfte

VON LORENZ HONEGGER

Es ist ein Donnerstagmorgen im Dezember 2015, kurz vor 11 Uhr, als die Verantwortlichen des Flugzeugherstellers Pilatus das verhängnisvolle E-Mail ans Aussendepartement (EDA) abschicken. Der Ton ist freundlich. Vor einigen Wochen sind beide Seiten zusammengessen und haben besprochen, wie die Innerschweizer Firma mit dem damals erst gerade in Kraft getretenen Söldnergesetz umgehen soll: Dieses soll verhindern, dass Schweizer Sicherheitsfirmen in Kriegen im Ausland mitmischen. Am Ende ihres E-Mails laden die Pilatus-Leute die stellvertretende Chefin der Sektion Private Sicherheitsdienste des EDA zu einem weiteren Treffen nach Stans ein: «Wir sind aber selbstverständlich auch bereit, zu Ihnen nach Bern zu kommen.»

Heute, drei Jahre später, ist es mit der Freundlichkeit vorbei. Das EDA verdächtigt den Nidwaldner Flugzeughersteller, in der Zwischenzeit Supportverträge mit den Luftwaffen von mehreren am Jemen-Krieg beteiligten Nahost-Staaten dem Bund nicht ordnungsgemäss gemeldet zu haben, darunter Saudi-Arabien. Das EDA vermutet einen Verstoss gegen das Söldnergesetz und hat ein Meldeverfahren eingeleitet, wie im Oktober publik wurde.

Pilatus: «Alles richtig gemacht»

Doch Pilatus ist überzeugt, «alles richtig gemacht» zu haben. Im Fall von Saudi-Arabien verkaufte die Firma 2012 rund 55 militärische Trainingsflugzeuge des Typs PC-21, im Jahr 2017 unterzeichnete das Unternehmen den Sup-

«Wir stellen uns auf die Position, dass keine weitere Information notwendig war.»

Oscar J. Schwenk Pilatus-Präsident

portvertrag mit dem Königreich: Ein Dutzend Pilatus-Mitarbeiter ersetzen seither vor Ort kaputte Flugzeugteile, wechseln Sauerstoffmasken aus oder helfen bei Softwareproblemen mit dem Trainingssimulator, während saudische Piloten im Jemen Luftangriffe mit Tausenden Toten durchführen.

Pilatus-Verwaltungsratspräsident Oscar J. Schwenk erklärte kürzlich in einem Interview, über alle nötigen Bewilligungen verfügt zu haben. Mit Verweis auf den Mailaustausch von 2015 sagte er, das Aussendepartement habe ihm dies «schriftlich» bestätigt. «Wir stellen uns auf die Position, dass keine weitere Information notwendig war.»

Die Redaktion CH Media hat die E-Mails gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz beim Aussendepartement angefordert und diese nun mit wenigen Schwärzungen erhalten. Die Dokumen-



2012 kaufte Saudi-Arabien Pilatus 55 Trainingsflugzeuge ab. 2017 unterzeichneten die beiden Seiten einen Supportvertrag. Dieser bereitet dem Flugzeughersteller Ärger: Dabei geht es auch um einen Mailverkehr von 2015 (siehe unten).



te zeigen, was Pilatus veranlasste, die Behörden nicht über ihre Supportverträge im Nahen Osten zu informieren.

Der Austausch beginnt harmlos. Im E-Mail vom 18. November 2015 bedankt sich die stellvertretende Chefin der

Sektion Private Sicherheitsdienste des EDA bei Pilatus für das «konstruktive Gespräch» von Ende Oktober.

Dann beantwortet sie offene Fragen, welche der Flugzeughersteller nach der ersten Sitzung zum Thema Söldner-

gesetz gestellt hat. Die Juristin erläutert, unter welchen Umständen Pilatus Sicherheitsdienstleistungen für seine Kunden im Ausland nicht zusätzlich ans EDA melden muss: Dann nämlich, wenn die Aufträge «direkt mit einem

beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) meldepflichtigen Export zusammenhängen». Sie betont, das EDA nutze den Interpretationsspielraum des Gesetzes «voll zugunsten» der Industrie aus.

Weiter unten im E-Mail erwähnt die Behördenvertreterin, dass jene Sicherheitsdienstleistungen als «bereits gemeldet» gelten, «welche im Rahmen von bereits durch das Seco bewilligten Geschäften» erfolgen. Also alles, was vor dem Inkrafttreten des Söldnergesetzes am 1. September 2015 bewilligt worden ist.

Das EDA bleibt hart

Wähte sich Pilatus aufgrund dieser Ausführungen in falscher Sicherheit? Das Aussendepartement lässt auf Anfrage durchblicken, dass die Erläuterungen aus dem Jahr 2015 keinen Persilschein darstellten. Auf die Frage, ob der Support-Vertrag zwischen Pilatus und der saudischen Luftwaffe wie im E-Mail beschrieben als «bereits gemeldet» gelte, schreibt ein EDA-Sprecher: «Die Aussage in dieser verkürzten und unvollständigen Form kann als falsch bezeichnet werden.» Der Sprecher weist auf einen weiteren, «gleich relevanten» Satz im E-Mail: Dieser besagt, dass Firmen beim Einholen neuer Exportbewilligungen und der Erneuerung bestehender Bewilligungen «einen Verweis auf die vorgesehenen Dienstleistungen» machen müssen. Abschliessend will sich das EDA erst äussern, wenn das Verfahren beendet ist.

Marco Sassöli, Genfer Professor für internationales Recht und Kenner des Söldnergesetzes, geht davon aus, dass die Firma Pilatus mit ihrer Argumentation kaum durchkommen wird: Der Flugzeughersteller habe 2017 eigens einen neuen Vertrag aufgesetzt, um in Saudi-Arabien im Support tätig zu sein. Die Dienstleistung sei deshalb nicht im Rahmen eines bereits bewilligten Geschäfts erfolgt. «Pilatus hätte den Vertrag dem Bund angesichts der Rechtslage melden müssen», sagt Sassöli.

Was in den zwei E-Mails generell auffällt, ist, was nicht drinsteht: Weder Pilatus noch das EDA erwähnen die Support-Dienstleistungen für Saudi-Arabien und andere Staaten. Dafür erkundigen sich die Pilatus-Verantwortlichen im E-Mail nach den Meldemodalitäten für Dienstleistungen im Zusammenhang mit zivilen Flugzeugen, und sie wollen wissen, wie das Unternehmen sehr kurzfristige Einsätze von Spezialisten durchführen kann, ohne gegen die Meldepflicht zu verstossen.

Pilatus will sich derzeit nicht zum Mailaustausch äussern. Nach Abschluss der Untersuchung werde die Firma Stellung nehmen, teilt ein Sprecher mit. Das Unternehmen habe sämtliche Aktivitäten «stets nach bestem Wissen und Gewissen» angemeldet.

Schaffhausens muntere Grosstante

Jubiläum Alle Arbeiterzeitungen sind eingegangen, eine jedoch hat überlebt - die «schaffhauser az». Ein Buch erzählt ihre krisenreiche Geschichte zum hundertsten Geburtstag.

VON ROLF APP

Zum Jahresende hat die Redaktion der «schaffhauser az» für 4.50 Franken pro Minute eine Hellscherin und Kartenlegerin befragt, wie es um ihre Wochenzeitung bestellt sei. Diese Grosstante namens Annedore Zimmermann - «wir sagen AZ zu ihr» - wirke noch ziemlich fit, in den letzten Jahren sei sie sogar ziemlich angriffslustig geworden. «Sie hat ihren eigenen Dickkopf», meint die Hellscherin, «aber das ist gut so». Und rät: «Geben Sie ihr eine Aufgabe.»

Ins Staunen gerät die Astrologin, als sie vom Alter der fiktiven Grosstante erfährt: Eine Hundertjährige hat sie noch nie gehabt. Und ins Staunen muss auch geraten, wer wie der Wirtschaftshistoriker Adrian Knöpfli das Leben dieser Grosstante studiert, die ja im wirklichen Leben die letzte Überlebende einer ganzen Reihe von Arbeiterzeitungen ist, die spätestens in den 90er-Jahren reihum eingingen. Nur sie, die «schaffhauser az», überlebte all die Krisen und Beinahe-Pleiten, alle Auseinandersetzungen um Kurs und Zukunft. Wie das ging, erzählt nun Knöpfli in einem ungemein ehrlichen und dazu sehr unterhaltsamen Buch.

Die «schaffhauser az» ist ein Kind des Landesstreiks. Die Industrialisierung macht die Munotstadt von 1880 an zu einem Zentrum der Arbeiterbewegung, die allerdings beim - glimpflich verlaufenen - Streik ohne eigenes Organ da-

steht. Der Nachteil wird alsobald wettgemacht. Am 30. November 1918 erscheint die «Arbeiter-Zeitung» zum ersten Mal, und 1921 tritt ein Mann in die Redaktion ein, der sie über Jahrzehnte prägen wird: Walther Bringolf, später Stadtpräsident, Nationalrat und 1959 offizieller Bundesratskandidat der SP.

Absturz mehrmals abgewendet

Bringolf ist ein Naturtalent: Feueriger Redner, glühender Schreiber und sehr, sehr autoritär. Das bekommt die Redaktion immer wieder zu spüren, auch als er schon längst in die Politik abgewandert ist und «nur» noch als Verwaltungsratspräsident die Fäden zieht. Als er an seinen Memoiren arbeitet, bestellt er eine Redaktorin regelmässig zum Diktat. Und als sich einer ihrer Kollegen erdreistet, während der Globuskrawalle von 1968 die Polizei zu kritisieren, wird er ins Stadthaus zitiert

und zusammengestaucht: Was ihm denn einfallt, sich für dieses «Lumpenproletariat» einzusetzen!

Das ist die eine Last, die das linke Projekt über eine lange Zeit mit sich schleppt: Die internen Anfeindungen, die spätestens dann aufbrechen, wenn Wahlkampf ist. Die andere Last: Das ist das liebe Geld. Früh wird klar, dass eine Zeitung auch eine eigene Druckerei benötigt. Anfangs agieren beide getrennt, dann schlüpft die Redaktion unter Dach der Druckerei. Obwohl diese Redaktion stets klein blieb - die Erwartungen sind dennoch hoch geschraubt -, drehen sich die Auseinandersetzungen immer wieder darum, ob da nicht noch was einzusparen wäre. Kooperationen werden ausprobiert. Zeitweise produziert die «schaffhauser az» mit anderen Arbeiterzeitungen die überregionalen Seiten und beschränkt sich selber aufs Lokale. Zeitweise be-

zieht sie das Überregionale vom politisch ganz anders gestrickten «Badener Tagblatt». In Baden wird ein eigener Redaktor installiert, der diese Seite notfalls sozialdemokratisch «einfärbt», die Leser sehen die Zusammenarbeit dennoch nicht gern.

Mehrere Male droht dennoch der Absturz, den Hans-Jürg Fehr und Bernhard Ott, heute Verwaltungsratspräsident und Verlagsleiter, in wechselnden Rollen verhindern, auch indem sie eigenes Geld einschliessen.

Zuletzt ist es aber doch das Journalistische, das sogar die «Schaffhauser Nachrichten», ungleich potentere bürgerliche Sparringspartnerin der az, um das Überleben der Konkurrentin bangen lässt. Doch die Grosstante lebt.

Adrian Knöpfli: Wir sind da und bleiben da - 100 Jahre Schaffhauser Arbeiterzeitung, Verlag am Platz 2018, Fr. 29.60.